

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Institut für Politische Wissenschaft (Otto-Suhr-Institut)
Prof. Dr. Manfred Kerner
Ihnestraße 22
14195 Berlin

**GUTACHTEN ZUR DISSERTATION VON
HERRN MARTIN HELMUT BÖHM**

Titel: Das mögliche Ende des Euros durch die globale Finanzkrise

Noch vor kurzem beging die Gemeinschaftswährung der EUROPÄISCHEN UNION, der „EURO“, sein/ihr 15 jähriges Bestehen. Anlass zum Feiern gab dieses Jubiläum eigentlich nicht, denn wie nie zuvor in seiner noch jungen Geschichte stand und steht es sehr schlecht um das, einst mit so viel Zweckoptimismus eingeführte europäische Monetär-System. Der Euro, das Flaggship der EU, schien nicht nur die Krönung der kontinentalen Integrationsbemühungen zu sein, auch wenn der Eurozone nicht alle Mitgliedstaaten beitraten oder die Beitrittskriterien nicht erfüllten. Wie ein Phönix aus der Asche begann der Euro seinen Flug und platzierte sich nächst dem US-Dollar weltweit als zweitgrösste Währungseinheit. Gleichwohl gab es von Anfang an Skeptiker, die der Idee einer Währungsunion kritisch bis ablehnend gegenüberstanden,

die Preisgabe nationaler Währungen beklagten, ja dem Euro ein baldiges Scheitern prophezeiten. Obwohl sein anfänglicher Höhenflug immer wieder durch „ups and downs“ unterbrochen wurde, wuchs seine Akzeptanz in der Bevölkerung der Eurozone. Im Euro wähten manche Optimisten darum bereits eine Manifestation bzw. Materialisierung europäischer Identität, vergleichbar dem identitätsstiftenden us-amerikanischen Greenback. Die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten.

Die Wirtschaftskrise des Jahres 2007/2008, die mit dem Zusammenbruch der USA-Bank Lehman Brothers sich zu einer globalen Finanzkrise ausweitete und dann zu einer weltweiten Rezession führte, traf die Eurozone mit ihrer Gemeinschaftswährung besonders hart, insbesondere aber Problemstaaten wie Griechenland. Der Notstand der Gemeinschaftswährung führte fast zu Staatsinsolvenzen mit der möglichen Folge einer Kettenreaktion und damit einem Auseinanderbrechen der Eurozone. Zeichnet sich mit Blick auf dieses mögliche Szenario das Ende des Euro ab? Fällt mit einem „Aus“ des Euro auch die Union zusammen ?

Herr Martin Böhm hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Ursachen, den Verlauf und die Folgen der seit 2008 schwelenden Finanzkrise mit Blick auf den Bestand der Eurozone und den Zusammenhalt der Europäischen Union zu untersuchen. Er favorisiert hierfür, wie in seiner Einleitung knapp ausgeführt, einen interdisziplinären Ansatz, durch welchen betriebswirtschaftliche, volkswirtschaftliche, finanztheoretische, politologische und historische

Herangehensweisen, Methoden und Erkenntnisse miteinander verbunden werden. Der Autor steht der europäischen Integration und der Gemeinschaftswährung Euro grundsätzlich positiv gegenüber, meint aber darlegen zu können, dass beides infolge gravierender, aber vermeidbarer Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten wie aufgrund politisch zu verantwortender Fehlkonstruktionen der EU und der Eurozone zu scheitern droht und nur durch ein radikales Umdenken und Umlenken noch gerettet werden kann.

AUFBAU DER ARBEIT

Die vorliegende Arbeit ist in 5 Kapitel nebst einer Einleitung, einem Tabellenverzeichnis, einem Abbildungsverzeichnis, einem Abkürzungsverzeichnis sowie einem Literaturverzeichnis unterteilt. Am Ende jedes Kapitels findet sich eine Zusammenfassung. Die Arbeit umfasst insgesamt 308 Seiten, davon 270 Textanteil und 38 Seiten Anhang. Die Tabellen und Abbildungen sind in den Textteil integriert.

AUSFÜHRUNG

In seiner sehr kurz gehaltenen Einleitung dementiert der Autor sogleich die Auffassung, dass die Eurokrise im Jahre 2014 überwunden worden sei. Vielmehr verwandelte sich diese einer Ansicht nach durch die bisherigen Lösungsversuche in Konjunkturprobleme von Staaten und in eine permanente Deflationsgefahr. Sonach geht die Eurokrise in mutierter Form weiter, weswegen die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Eurozone

keineswegs gebannt sei. Um die Komplexität dieses Sachverhalts und dessen Auswirkungen auf die Gemeinschaftswährung verstehen bzw. dem Leser nahebringen zu können, erwägt der Autor eine umfassende Analyse des Finanzsektors, von dem Krise ausging und sich von dort aus auf die globale Wirtschaft ausdehnte.

Im 1. Kapitel, das der Einleitung folgt, widmet sich Herr Böhm den begrifflichen und theoretischen wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Grundlagen, das heißt, den Modellen der Marktrisiken, Kreditrisiken, Finanzrisiken/Risikomanagements, sowie den rechtlichen Rahmenbedingungen, dem neoklassischen Wirtschaftsmodell und den verschiedenen Arten der Finanzkrisen.

Zusammenfassend führt er aus, dass Banken Krisen häufig nicht für sich allein entstehen, sondern verbunden sind mit anderen Auslösern, wie zum Beispiel Inflationskrisen oder mit anderen Finanzkrisen, die durch den Staat ausgelöst werden wie im Falle von Währungsreformen, Währungszusammenbrüchen oder einer Hyperinflation. Für wichtig hält er die Einsicht, dass es bei Finanzkrisen immer wieder eine gewisse Wiederholungsstruktur gibt.

Im 2. Kapitel folgt eine Analyse der Ursachen der aktuellen Bankenkrise, die unter den Bedingungen der Globalisierung und den daraus folgenden Veränderungen der Bankenwirtschaft untersucht wird. Verantwortlich für den Ausbruch der Krise macht der Autor langfristige Entwicklungen in den USA, dem weltweit größten Finanzmarkt und benennt dabei gesteigerte Kreditvergaben und erhöhte Investitionen in „Boomwirtschaftszweigen“ mit der Folge

einer Reduzierung der Finanzmarktregulierungen, was - aufgrund enger wirtschaftlicher Verflechtungen - auch in einigen EU-Staaten der Fall war. Da Boomphasen in der Regel nicht durch reale Wertschöpfungen sondern lediglich durch Spekulationen an den Finanzmärkten mit verstärkter Kreditvergabe generiert werden, sind Einbrüche bereits vorprogrammiert. Die sich steigenden Erwartungen der Finanzakteure in das Wachstum dieser Wirtschaftszweige führten, wie der Verfasser darlegt, durch verstärktes Finanzengagement ebendort zu einer Überhitzung, was Abkühlung und damit einen Wachstumseinbruch nach sich zog und die gesamte Wirtschaft in die Rezession trieb. Die US-Zentralbank reagierte mit einer Erhöhung der Geldmenge und einer Senkung der Zentralbankzinsen, Maßnahmen die seit 1987 gängig, kreditfinanzierte Wirtschaftsbooms ermöglichten. Im Schatten und zum Preis hoher Inflationsraten bei Reduktion gesetzlicher Regulierungen, konnten sich private Banken mit Verbriefungen, Finanzinnovationen, einem Schattenbanksystem und Offshore-Banking Praktiken bei Nutzung von Steueroasen, enorme Vorteile verschaffen und sich weg von langfristigen Kredit- und Einlagegeschäften hin zu kurzfristigen Finanzmarktgeschäften bewegen und sich zugleich mehr und mehr einer Finanzaufsicht entziehen. Dies, so Böhm, war ein entscheidender Schritt zur Deregulierung der Finanzmarktgeschäfte, die von da an kaum noch Regulierungen, auch nicht in den EU-Staaten, unterlagen. Mit dem Finanzkrisenbeginn 2007, der sich am Verfall US-amerikanische Subprimewerte zeigte, kam es zur Ausdehnung auf andere Finanzbereiche, was insbesondere durch die Insolvenz der

Investmentbank Lehmann-Brothers ausgelöst wurde. Der Zusammenbruch der weltweiten Finanzmärkte war dann Folge des Aufeinandertreffens verschiedener anderer Faktoren.

Im weiteren Gang seiner Untersuchung widmet sich der Autor daher vertiefend dem „Rating“-System in Theorie und Praxis, der Bildung des Schattenbankensystems, entlarvt fahrlässiges Handeln und Betrug im Bankenbereich, diskutiert Schwierigkeiten bei der Finanzmarktregulierung, bewertet internationale und nationale Praktiken der Überwachung von Kapitalmärkten, moniert das Gewinnstreben und die Haftungsreduktion im Finanzgeschäft und kommt zum Abschluss des Kapitels auf die Maßnahmen der Politik gegen die Bankenkrise zu sprechen. Diese werden von ihm kritisch bewertet, da weder eine Gesundung des Finanz- und Währungswesens bzw. eine Überwindung der Krise erreicht wurde und desweiteren die enormen monetären Lasten nicht den eigentlichen Verursachern, sondern den Steuerzahlern aufgebürdet wurden. So wurden in den USA die Banken zwangsrekapitalisiert, will sagen, sie bekamen von der Zentralbank Kapital zu null Prozent und setzten dieses an den Kapitalmärkten mit hohen Gewinnen ein, sodass am Ende die Verantwortlichen der Krise zu deren Gewinnern wurden. Die Banken änderten ihr Geschäftsgebaren nicht und Reformmaßnahmen wurden Zug um Zug wieder rückgängig gemacht. Im Vorgriff auf das folgende Hauptkapitel dieser Studie kritisiert der Autor die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank und der EU-Regierungen und zieht als weiteres Exempel für deren Scheitern Japans Politik heran, die das

„westliche“ Lösungsmodell unkritisch übernahm und somit auch die Krise nur scheinbar überwand. Dagegen sei es Island gelungen, die Banken durch Verstaatlichung und Neustrukturierung zu zähmen, die hohen Verluste den Verursachern im Finanz- und Bankensektor zuzumuten und ein solides Wirtschaftswachstum zu generieren.

Das 3. Kapitel, der Hauptteil der Arbeit, konzentriert sich auf die Krise der Eurozone und deren Auswirkungen auf die Europäische Union selbst. Rekonstruiert und kritisch bewertet werden Aufbau und Entwicklung der EU, die Einführung des Euro und die Entstehung der Eurozone, der Umschlag der Finanzwirtschaftskrise in eine Staatenkrise vor dem Hintergrund der Dollarkrise. Ausführlich betrachtet wird danach der Ausbruch der Krise des Euro am Beispiel der Länder Irland, Portugal, Spanien, Italien, der Insel Zypern und schließlich Griechenland. Abgeschlossen wird dieses Kapitel durch eine vergleichende Betrachtung der US-Dollar und der Euro- Krise.

Die Euro-Krise, so der Autor in seiner Zusammenfassung, bedroht nach wie vor den Bestand der Gemeinschaftswährung und damit auch den Zusammenhalt der Union. Dabei standen beide von Anfang an auf wackeligen Beinen. Genannt werden die undemokratischen Strukturen, die sich seit der Gründung der EWG festgeschrieben und keinerlei Veränderung seither erfahren haben. Die Europäische Kommission ist kein demokratisch gewähltes Organ, das Europäische Parlament hat lediglich ein Vetorecht gegenüber den Vorschlägen der Kommission und der Europäische Rat, in dem Mitglieder der Kommission sitzen, tritt nur wenige Male im Jahr zusammen. Trotz

wirtschaftspolitischer Teilerfolge, gelang die vorgesehene Erreichung wirtschaftlicher Integration der Mitgliedstaaten über verschiedene Entwicklungsstufen nicht, was aber Voraussetzung für die Einführung einer Gemeinschaftswährung gewesen wäre. Geschaffen wurde keine einheitliche Wirtschafts- und Währungsunion, sondern die Volkswirtschaften näherten sich nur zu kleinen Teilen einander an. Den Stabilitätspakt mit den Kriterien von Maastricht hielten einige Staaten nicht einmal während der Probezeit vor der Aufnahme in die Eurozone ein, andere wiederum nicht während ihrer Mitgliedschaft. Statt Sanktionen gegen Verstöße zu ahnden, wurden die Maastricht Kriterien in eine Empfehlung umgewandelt. Die mangelnde Einhaltung dieser Kriterien machte den Euro zu einer weichen Währung. Den schwachen Volkswirtschaften wurde dadurch eine überzogene Verschuldung zu niedrigen Zinsen und ohne Kapitalabzug ermöglicht, was zur Folge hatte, dass die hoch verschuldeten Volkswirtschaften auf den internationalen Märkten nicht mehr wettbewerbsfähig waren und von Rating Agenturen in ihrer Kreditwürdigkeit herabgestuft wurden. Diese mussten nun Zinssätze bezahlen, die jenseits ihrer Möglichkeiten lagen. Das Mitgliedsland Griechenland wies eine so hohe Staatsverschuldung schon vor der Finanzkrise auf, was jedoch erst später publik wurde. Die drohende Insolvenz wurde dann nur mit Hilfe anderer Staaten und des IWF aufgeschoben, aber wie der Autor betont, längst nicht aufgehoben. Was erreicht wurde, war lediglich eine Insolvenzverschleppung. Den anderen fünf Problemstaaten droht

mittelfristig ein ähnliches Schicksal, was ernsthaft den Fortbestand des Euro und damit den der Gemeinschaft infrage stellt.

Im 4. Kapitel wird vom Autor die Gretchenfrage nach möglichen Lösungen zur Rettung des Euro und der Eurozone gestellt. Durchgespielt und verworfen werden ganzheitliche Ansätze wie Sozialismus und Gemeinwohl-Ökonomie, ebenso teiltradikale Lösungen wie Schuldenschnitt oder Einführung eines europäischen Subsidiaritätsprinzips nach dem bundesdeutschen Modell, wonach die reichen Bundesländer die ärmeren über einen Finanzausgleich stützen. Auch der Vorschlag, Eurobonds einzuführen wird als wenig hilfreich eingestuft, zumal diese Idee auf eine breite Ablehnungsfront in der EU stieß. Der 2012 eingeführte Stabilitätspakt, European Stability Mechanism (ESM) sei juristisch nicht genau definiert, jederzeit anfechtbar und stehe im Widerspruch zum Maastricht Vertrag in dem festgehalten wurde, dass Mitgliedstaaten nicht gegenseitig füreinander haften. Mit den aktuell angewandten Methoden in der Finanzwirtschaft, Realwirtschaft und in der Politik, werden die weltweit ausufernden Schulden auf die Bürger abgewälzt

Hier, wie im 5. und letzten Kapitel, das ein Fazit und einen Ausblick verspricht, mahnt Böhme eine nachholende Demokratisierung der EU, eine Machterweiterung des Europäischen Parlaments als Voraussetzung einer erfolgreichen gemeinsamen Krisenbewältigung an. Er schreibt „Diese demokratische Schwäche, die die EU von den Menschen entfernt, wird ebenfalls negativ auf die Fortführung der Gemeinschaftswährung wirken“. Von einer Stärkung der

demokratischen Strukturen erhofft er sich eine stärkere Kontrolle der mächtigen Finanzindustrie, eine effektive Regulierung des Finanz- und Bankensektors und die Rückkehr zum ursprünglichen Stabilitätspakt von Maastricht.

Bewertung

Die Arbeit von Herrn Böhm ist in deutscher Sprache verfasst, verfolgt eine klare Aufgaben- und Fragestellung, die in der Ausführung auch eingelöst wird. Sie erfüllt formal alle wissenschaftlichen Anforderungen an eine Doktorarbeit, ist übersichtlich gegliedert, mit einem Anmerkungsapparat ausgestattet, repräsentiert den aktuellen Forschungsstand und bietet darüber hinaus neue Erkenntnisse und Perspektiven finanzwirtschaftlichen und politischen Handelns. Es zeigt sich, dass Herr Böhm seine finanz- und wirtschaftswissenschaftliche Kompetenz gewinnbringend mit politikwissenschaftlichen Wissen verbinden kann. Der Arbeit liegen umfassende Literaturstudien aller genannten Disziplinen zum Phänomen Finanz- und Eurokrise zugrunde: Empirische Befunde, Funktions- Systems- und Strukturanalysen, die kritisch rezipiert, interpretiert verglichen, neu geordnet und synthetisiert werden. Historisch-politisches Datenmaterial wird im Lichte verschiedener Denkschulen der internationalen Beziehungen wie dem Neo-Realismus, Konstruktivismus und Institutionalismus betrachtet und bewertet.

Gleichwohl weist die Arbeit auch einige Mängel auf. Trotz der klaren und inhaltslogisch überzeugenden Gliederung bereitet die Lektüre

doch einige Schwierigkeiten aufgrund sprachlicher Ungenauigkeiten, häufiger Wiederholungen, Gedankensprüngen, wodurch mitunter der „rote Faden“ verloren geht. Die Zusammenfassungen am Ende jedes Kapitels verlieren den Charakter einer knappen Wiederholung durch Hinzufügung neuer Gedanken, die eigentlich ins Zentrum der Ausführungen gehören. Eine weitere, gravierende Schwäche besteht darin, dass keinerlei Methodenreflexion stattfindet, was bei einem interdisziplinären Unterfangen schwer ins Gewicht fällt.

Trotz dieser Einschränkungen verdient die Studie von Herrn Böhm als wissenschaftliche Leistung anerkannt zu werden. Ich empfehle deshalb die Annahme seines Werkes als Doktorarbeit und benote sie mit

CUM LAUDE (gut)

Berlin im Januar 2016


Manfred Kerner